

Laibacher Zeitung.

Nr. 14.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Austellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 18. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

Ämtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Oswald Hasenrichter, Bernhard Wegler und Marcus Pollak die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Nordwestböhmische Vereinsbank“ mit dem Sitze in Eger erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat den auf eine Bezirkscommissariatsstelle eingereichten früheren Bezirksvorsteher Ignaz Mali zum Bezirkshauptmann zweiter Klasse im Küstenlande ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Die Adressverhandlungen

haben am 15. d. in beiden hohen Häusern des Reichsrathes ihren Abschluß gefunden, im Herrenhause, ohne daß überhaupt eine Debatte stattgefunden hätte. Die Wiener Blätter constatiren die letztere Thatsache, indem sie in derselben eine neuerliche Vertrauens-Manifestation des Herrenhauses erkennen und die nicht zu unterschätzende Bedeutung derselben hervorheben. „Das Herrenhaus — schreibt die „Neue Freie Presse“ — verzichtete auf jedwede Debatte. Es begnügte sich, durch den Mund seines Vizepräsidenten dem Ministerium neuerdings das volle Vertrauen auszusprechen, und nahm gemäß eines dieses Vertrauensvotum recapitulirenden Antrages des Altgrafen Salm die ganze Adresse en bloc an.“ „Das Herrenhaus — sagt die „Presse“ — zeigte durch die anstandslose Annahme des vertrauensvollen Adressentwurfes Auerpergs, daß Oberhaus und Regierung eines Sinnes seien.“ Diese imposante Kasse — fährt das genannte Blatt fort — wäre nicht ohne tiefgehende Wirkung geblieben und hätte Zeugniß davon gegeben, daß das Herrenhaus ein Bollwerk gegen alle liberalistischen Bestrebungen sei. „Der vom Adressausschusse des Herrenhauses vorgelegte Entwurf — schreibt die „Deutsche Zeitung“ — wurde vom Hause ohne Debatte angenommen, nachdem der Referent Graf Anton Auerperg auf die Uebereinstimmung des Entwurfes mit der Thronrede und mit den vom Herrenhause jederzeit vertretenen Principien hingewiesen hatte. Das Haus nahm diese Auffassung an und erteilte dem Ministerium in unzweifelhaft chevaleresken Formen ein Vertrauensvotum.“ „Das Herrenhaus — sagt die „Vorstadt-Ztg.“ — hat durch seine Abstimmung ohne Debatte der Regierung in eclatanter Weise sein Vertrauen ausgedrückt, sich und Anderen jedoch nicht präjudicirt. Wir können das Haus dazu nur beglückwünschen.“

Was die im Abgeordnetenhause zu Ende geführten Adressverhandlungen betrifft, so wendet sich das Interesse der Wiener Presse vorwiegend den Erklärungen zu, welche der Präsident des Polencclubs, Abgeordneter Zyblikiewicz, hinsichtlich der Stellung seiner Parteigenossen zur Wahlreformangelegenheit und zur Verknüpfung derselben mit den Zugeständnissen für Galizien abgegeben hat. Daß durch diese Erklärungen die politische Situation eine wesentlich freundlichere geworden, wird ziemlich übereinstimmend constatirt. Die „N. Fr. Pr.“ hebt die gegenüber den Erklärungen des Aug. Czernawski mildere Form der Zyblikiewicz'schen Rede hervor; die „Deutsche Zeitung“ findet, daß trotz der Form des Vorwurfes gegen die Verfassungspartei, in welche die obigen Erklärungen gekleidet seien, dieselben doch eine Einladung zu weiteren Verhandlungen, ein Gruß von der Rechten zu den Abgeordneten der Linken gewesen, und die „Pr.“ findet in den gestrigen Erklärungen des galizischen Abgeordneten geradezu ein Oesaven jener des Abgeordneten Czernawski in der Samstagssitzung des Hauses der Abgeordneten.

Den Journalen, welche das Festhalten der Regierung an ihrem ursprünglichen Programme rückhaltlos billigen, schließt sich heute die „Gemeinde-Zeitung“ an. Gewichtige Redner von der Opposition — schreibt das genannte Blatt — hätten in wenigen Sätzen ein Bild der Verhältnisse hingeworfen, das die verfassungstreue Seite des Hauses darüber belehren müßte, wie befriedigt zu sein sie vollen Grund haben würde, wenn nur erst das in der Thronrede entwickelte Regierungsprogramm

zur vollen Durchführung gelange. Der Adressentwurf gehe über das Programm der Regierung hinaus; es habe dies letztere aber den großen Vorzug, durch eine sachte, vorsichtige Berührung der Reformfragen ihrer endgiltigen Behandlung nicht vorzugreifen.

Die Adressentwürfe

der beiden Häuser des Reichsrathes werden von der liberalen Presse des In- und Auslandes beifällig besprochen. Es weht aber auch ein Zug der Einmüthigkeit durch beide Adressen, welche die zwischen beiden hohen Häusern herrschende Harmonie in erfreulicher Weise constatirt; die „Tagespresse“ spinnt aber den Faden des erfreulichen Ausdruckes weiter aus, indem sie der Meinung Raum gibt, daß bei solcher Einmüthigkeit von Seite beider Häuser des hohen Reichsrathes nur Eine Adresse zu überreichen wäre. Berechnen wir, wie die „Tagespresse“ ihre Ansicht begründet; selbe schreibt:

„Gerade diese Harmonie ruft in uns die Erwägung wach, ob es denn überhaupt notwendig sei, daß jedes der beiden Häuser mit einer selbständigen Beantwortung der Thronrede hervortrete, und ob dieser Vorgang auch der staatsrechtlichen Natur der beiden parlamentarischen Körperschaften entspreche? — Für die gegenwärtige Session des Reichsrathes kommt die Erörterung dieser Frage allerdings schon zu spät. Trotzdem scheint uns die Sache wichtig genug, um eine Untersuchung darüber anzustellen und dieselbe der Aufmerksamkeit des Reichsrathes zu empfehlen. Der complicirte Mechanismus der parlamentarischen Maschine und der schwerfällige Gang, in welchem sie die gesetzgeberische Arbeit verrichtet, läßt jede Vereinfachung und Abkürzung der Formen, wenn sie nur dem Wesen des Constitutionalismus keinen Abbruch thut, als einen wünschenswerthen Fortschritt erscheinen. Adressdebatten geben wohl den Parteien Gelegenheit, sich gleich zum Beginne der parlamentarischen Campagne mit einander zu messen, aber sie verzögern auch, oft unnützerweise, die eigentlich gesetzgeberische Arbeit und entfesseln vor der Zeit den Kampf der vorhandenen Gegensätze, welche sich bei dieser Gelegenheit oft schon im vorhinein zu unersöhnlicher Schroffheit zuspitzen und dadurch das spätere verständliche Zusammenwirken nicht unerheblich erschweren. Um so weniger ist daher eine Verdopplung der Adressdebatte, wie sie bisher in unserm Parlamente üblich gewesen ist, zu wünschen. Die kostbarste Zeit, welche die Verfassung der Adressentwürfe, ihre Durchberatung und Vereinbarung in den Ausschüssen und sodann die Debatte bei der Vollberatung in Anspruch nimmt, könnte zu praktischerem Zwecke verwertet und mit der Beratung und Beschließung dringender Gesetzentwürfe ausgefüllt werden.“

Der Kaiser richtet die Thronrede an die „beiden Häuser des Reichsrathes“; die Ansprache des Monarchen ist für beide Häuser dieselbe, und da nach unsern Verfassungsbestimmungen das Abgeordnetenhaus nicht einmal den Finanzvorlagen gegenüber eine von der Mission des Herrenhauses wesentlich verschiedene Stellung einnimmt, so liegt für die Thronrede auch keine Veranlassung vor, aus der für beide Häuser gemeinsam geltenden allgemeinen Fassung der Ansprache hervorzutreten und eines der beiden Häuser mit einer abgesonderten Kundgebung zu bedenken.

Der Kaiser und der Reichsrath — das sind die beiden Factoren der gesetzgebenden Gewalt. Das consequente selbständige Hervortreten des Herrenhauses mit einer abgesonderten Antwort auf die kaiserliche Thronrede scheint jedoch eine Dreitheilung der legislativen Gewalt zur Voraussetzung zu nehmen, welche dem bestehenden verfassungsrechtlichen Verhältnisse keineswegs entspricht.

Die legislative Arbeit des Reichsrathes ist zwischen dem Abgeordnetenhause und dem Herrenhause getheilt, dem Kaiser gegenüber aber gibt es nur Einen Reichsrath. Nicht der Beschluß eines der beiden Häuser, sondern nur der durch die übereinstimmende Entscheidung beider Häuser zum legalen Ausdruck gelangte Beschluß des Reichsrathes kann dem Kaiser zur Sanction vorgelegt werden — ein Beweis, daß nur zwischen dem Reichsrathe und dem Kaiser, nicht aber zwischen dem Herrenhause oder dem Abgeordnetenhause des Reichsrathes und dem Kaiser ein verfassungsrechtliches Verhältniß in Beziehung auf Ausübung der Legislative besteht. Daraus ergibt sich aber die notwendige Folgerung, daß auch über die Kundgebungen der Thronrede, in welchen der Kaiser dem Reichsrathe den Standpunkt seiner

Regierung darlegt und die von derselben zur verfassungsmäßigen Behandlung vorbereiteten Gesetzentwürfe ankündigt oder für solche Gesetzentwürfe die Initiative des Reichsrathes anspricht, nur der Reichsrath, nicht aber jedes seiner beiden Häuser für sich zu antworten hat.

Die Ansichten, welche z. B. das österreichische Herrenhaus über die in der letzten Thronrede berührte Wahlreform mittelst einer abgesonderten Adresse vor den Kaiser bringt, haben für Se. Majestät gar keinen Werth, so lange nicht auch die Uebereinstimmung des Abgeordnetenhauses mit diesen Ansichten zur allerb. Kenntniß gelangt, und selbst in dem Falle, als sich diese Uebereinstimmung in einer abgesonderten Adresse des Abgeordnetenhauses manifestirt, bleibt doch immer die Form, in welcher beide Kundgebungen vor den Thron gelangen, eine im Grunde unconstitutionelle, weil die Uebereinstimmung beider Häuser der Vorlage an den Monarchen vorhergehen soll. Aber selbst abgesehen von diesen staatsrechtlichen Bedenken, ist die Ueberreichung zweier abgesondelter Adressen zum mindesten ein Luxus. Denn entweder stimmen die Adressen beider Häuser überein, und dann ist die Verdopplung dieser Kundgebung jedenfalls überflüssig; oder die beiden Adressen stimmen mit einander nicht überein und vertreten widersprechende oder doch verschiedene Ansichten über die Emanationen der Thronrede, und dann sind sie eben beide für den Monarchen vollkommen werthlos, weil dann einer jeden der beiden Ansichten die Bedingung fehlt, durch welche sie erst für den Kaiser unter den Gesichtspunkt einer legalen parlamentarischen Kundgebung gerückt wird. Wenn es sich bei den Adressen bloß um eine loyale Demonstration handeln würde, dann stünde der Ueberreichung abgesondelter Adressen von Seite jedes der beiden Häuser allerdings nichts entgegen, denn zu einer Kundgebung der Loyalität ist jeder Staatsbürger und jede Körperschaft berechtigt. Die Adressen behandeln jedoch auch staatsrechtliche Fragen und sprechen sich über die in der Thronrede angekündigten Gesetzentwürfe aus. Auf diesem Gebiete aber ist nur der Reichsrath competent, sich auszusprechen, und keines der beiden Häuser kann für sich allein die Befugniß in Anspruch nehmen, darüber mit dem constitutionellen Monarchen in Verkehr zu treten.

Es würde sich daher unserer Ansicht nach jedenfalls empfehlen, in Beziehung auf die Beantwortung der Thronrede, conform mit der in andern constitutionellen Ländern herrschenden Gepflogenheit vorzugehen und demgemäß in Zukunft von der Botirung und Ueberreichung zweier abgesondelter Adressen Umgang zu nehmen.

Im englischen Parlamente gehört die Botirung einer Adresse nicht zu den regelmäßigen parlamentarischen Vorgängen. Oft verstreichen mehrere Sessionen, ohne daß sich das Parlament veranlaßt fühlt, die Thronrede zu beantworten. Im bejahenden Falle geht die Adresse vom Hause der Gemeinen aus und der beschlossene Entwurf wird sodann dem Oberhause zur Genehmigung oder allfälligen Amendirung zugemittelt. Auf dieselbe Weise verfährt man in unserer nächsten constitutionellen Nachbarschaft jenseits der Leitha.

Der deutsche Reichstag hat in seiner vor kurzem beendigten zweiten Session von der Botirung einer Adresse ganz Umgang genommen, und nur bei uns vergeht keine Session, ohne daß beide Häuser in Adressen ihr politisches Glaubensbekenntniß vor den Thron bringen. Gerade bei uns aber wäre sozliche Inangriffnahme der eigentlichen Arbeiten ganz besonders angezeigt, da wir durchaus keine Zeit zu verlieren haben und nicht Worte, sondern Thaten brauchen. Die diesmalige Eröffnung des Reichsrathes bezeichnet allerdings einen Wendepunkt in unserm staatlichen Leben, und ein so bedeutungsvoller Moment mag immerhin eine eingehende Erwiderung des Parlamentes auf die feierliche Ansprache des Kaisers rechtfertigen; aber die Tautologie zweier Adressen, welche mit anderen Worten dasselbe aussprechen, möge in Zukunft durch eine gemeinsame Kundgebung des Reichsrathes vermieden werden.“

2. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 15. Jänner.

(Schluß.)

Unter dem Einlaufe befindet sich die Mittheilung des Ministers des Innern, daß der Gesetzentwurf, wodurch der Anhang zur Landesordnung der Markgrafschaft Wärrn in Bezug auf den Umfang der Gebiete der Städte und Landgemeinden, für welche die Wahl in das Abgeordnetenhaus abgeändert wird, die Allerhöchste

Sanction erhalten habe. Die gleiche Anzeige macht der Finanzminister bezüglich des Gesetzentwurfes, betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1872. Desgleichen übermittelte der Finanzminister den Gesetzentwurf mit dem Staatsvoranschlag für das Jahr 1872.

In die Budgetcommission werden gewählt: Ritter v. Arneth, Freiherr v. Burg, Freiherr v. Dobhoff, Graf Hartig, Freiherr v. Hye, Fürst Jablonowski, Graf Mercandin, Ritter v. Miklosich, Dr. Neumann, Ritter v. Pipitz, Freiherr v. Ritter, Freiherr v. Rothschild, Fürst Schönburg, Graf Wickenburg, Ritter v. Winterstein, Graf Wrbna jun., Freiherr v. Wüllerstorff, Graf Lodron, Freiherr v. Mertens, Graf Rechberg und Graf Falkenhayn; in die Fideicommisscommission: Freiherr v. Apfaltrern, Fürst Schönburg, Fürst Starhemberg, Fürst Schwarzenberg, Freiherr v. Härdtl, Graf Octavian Rinsky, Graf Lodron, Fürst Paar, Freiherr v. Prato-verera.

Nächste Sitzung unbestimmt.

4. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 15. Jänner.

(Schluß.)

Abg. Dr. Pollak erklärt, ermächtigt zu sein, im Namen seiner Gesinnungsgegnossen auf der rechten Seite des h. Hauses zu erklären, daß sie, gestützt auf die natürliche Gerechtigkeit der Gleichstellung aller Völker und Länder der österreichischen Monarchie, für das von den polnischen Abgeordneten gestellte Amendement nur mit dem Vorbehalte stimmen werden, daß gleichmäßig auch den übrigen Völkern und Ländern mit Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse derselben die ihrer nationalen und historischen Eigenheit entsprechenden Rechte eingeräumt werden. (Bewegung links.)

Abg. Fuchs versichert, dem gegenwärtigen Ministerium das vollste Vertrauen entgegenzubringen, weil dasselbe der aufrichtigen und beharrlichen Durchführung der Verfassung seine ganze Kraft zu weihen gewillt sei. Was den galizischen Ausgleich betrifft, so könne derselbe nicht vor der Wahlreform zum Abschlusse gebracht werden. Und was den Inhalt dieses Ausgleiches, das Maß der Zugeständnisse betrifft, so werden Sie es begreiflich und billig finden, daß wir von dem größterreichlichen Standpunkte die größte Vorsicht in Anwendung bringen müssen.

Abg. Greuter motiviert seine Prager Reise.

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, muß ich überhaupt die Redner des Hauses auf eine Bestimmung in der Geschäftsordnung aufmerksam machen. § 47 sagt in seinem vierten Absätze (liest): „Das Wort ist von der Rednerbühne an die Versammlung, vom Plaze aus stets an den Präsidenten zu richten.“ Es ist daher jede Apostrophierung der Mitglieder der Versammlung oder der Versammlung als solcher nach der Geschäftsordnung nicht zulässig.

Abg. Dr. Mende erwidert einem Vorredner, daß es sich heute um nichts Anderes handelt als um die principielle Feststellung der wechselseitigen Gerechtigkeit zu einer Verständigung. Es wird gesagt: „Was für eine wichtige Concession wird von uns Galizianern begehrt!“ Ja, meiner Ansicht nach — diese Concession, nämlich das Eintreten in die directen Wahlen, kostet Sie gar nichts. Die directe Wahl wollen wir überall und überall für unseren österreichischen Staat, für die Consolidirung der Verfassung, in Galizien, bei uns und überall.

Abg. Wolfram erwidert dem Abg. Greuter unter anderem: Wir brachten den ungarischen Ausgleich zu Stande, weil wir die andere Reichshälfte nicht so schädigen lassen konnten. Es sollten wieder Thatfachen geschaffen werden, und die Fundamentalartikel hier auf dem Tische des Hauses zur Annahme vorlegen heißt so viel, als das Grab der Verfassung.

Abg. Dr. Ruzs bemerkt unter anderem: Es ist schwierig, dem Herrn Abgeordneten aus Tirol zu antworten, weil er es zur Regel werden läßt, dem Hause einiges Unangenehme zu sagen und dann den Saal zu verlassen, bevor man in der Lage ist ihm zu antworten.

Die Debatte über den Absatz 9 wird geschlossen.

Berichterstatler Dr. Herbst widerlegt die Anschauungen der Abg. Greuter und Pollak und schließt, wie folgt:

Ich kann daher im Namen des Ausschusses nur die unveränderte Annahme des 9. Absatzes dieses Adressentwurfes aufs wärmste empfehlen, und zwar schon deshalb aufs wärmste, weil nicht genug betont werden kann, daß die Abgeordneten denn doch nicht bloß zu verhandeln berechtigt, Preise anzubieten und entgegenzunehmen berufen sind, daß die Abgeordneten vielmehr berufen sind, die Stimmung der Bevölkerung, die sie gewählt hat, offen zu vertreten, und da kann ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß wenigstens die Bevölkerung, die uns aus Böhmen durch directe Wahlen in den Reichsrath entsendet hat, von uns jetzt mit aller Bestimmtheit erwartet, daß wir zu keiner Aenderung der Verfassung, die bloß zu Gunsten eines einzelnen Landes gereichen würde, insoweit unsere Zustimmung geben, als nicht dasjenige, was das wahre Bedürfnis für das Reich im Ganzen ist und was unseren Wählern so sehr am Herzen liegt, befriedigt wird und daher von uns

als Antrag eingebracht wird. (Beifall links.) Bei der Abstimmung wurden Alinea 9 und 10 ohne Debatte angenommen.

Zu Alinea 11 beantragt Abg. Dr. Czerkawski, daß der Absatz von den Worten „Die sorgsame Pflicht des öffentlichen Unterrichts“ bis „Aufmerksamkeit binden“ einer getrennten Abstimmung unterworfen werde. Dieser Antrag wird angenommen und hierauf beide Theile dieses Alinea gleichfalls zum Beschluß erhoben.

Zu Alinea 12 stellt Abg. Brandstetter die Frage: Warum diese Zeilen: „Die Rechte der Staatsgewalt gegenüber der Kirche zu schützen und Mißbräuchen des kirchlichen Einflusses zu steuern“ beigefügt werden mußten?

Ich glaube, unsere Tagesliteratur, die Erfahrungen bei den Wahlen, ja der tägliche Kirchengang könnten uns beweisen, daß etwas Aehnliches nothwendig sei.

Wann hat man in diesem hohen Hause gesehen, daß um dieses Symbol, das uns als unantastbar gilt, ein Kampf heraufbeschworen worden wäre, daß es sich vor allem gerade darum handle, dieses Kreuz von der Krone herabzunehmen, daß es gerade die Kirche wäre, die die schirmende Hand darüber erhebt? Ich glaube, die Kirche würde bei diesem Schirme den Krummstab nicht ruhen lassen wollen.

Und in unserem Interesse liegt es wesentlich, daß das Kreuz das Höchste sei und nicht der Krummstab über dem Kreuze.

Ich glaube, es sei klug, wenn man in vielen Beziehungen und vielleicht in allen die Methode Deutschlands und auch den Standpunkt, auf welchem die legale Vertretung dieses Staates vor kurzem gestanden hat, sich aneignen würde. Denn es hat dieser Staat zum Schutze seiner Existenz ein Gesetz beschlossen, welchem eben der Schlußsatz dieses Alinea entspricht.

Zu Alinea 13 bemerkt Abg. Dr. v. Mende: Was die Stagnation auf dem Gebiete der Justizgesetzgebung betrifft, so erlaube ich mir anzuführen, daß bereits im Jahre 1867 zwei Commissionen zur Ausarbeitung eines Strafgesetzes und einer Strafproceßordnung, und zwar als perpetuirliche Commissionen gewählt worden sind.

Die Arbeiten, obschon sie von allen möglichen Fachmännern auch außerhalb dieses h. Hauses als gut befürwortet worden sind, liegen als schätzbares Material vor.

Was die zweite Klage in Bezug auf das Stillstehen der Steuerreform anbelangt, so stehe ich auch diesfalls vollkommen auf dem Standpunkte des Ausschusses. Unser Steuersystem ist ganz irrational, es widerspricht den modernen Anforderungen der Staatswirtschaft und der Volkswirtschaft.

Abg. Dr. Zyblikiewicz: Sämmtliche Herren Redner haben darauf den Accent gelegt, daß, falls Galizien irgend welche Concessionen für sich verlangt, es zu einem Gegenpreis bereit sein müsse.

Ich acceptire den Grundsatz. Sie verlangen von uns die Zustimmung zur Einführung directer Wahlen, das ist der ganze Preis, sonst nichts mehr. Aber Sie verlangen auch den Preis ganz und gar, die bare Auszahlung desselben, heute, in der nämlichen Stunde. Was bieten Sie uns dafür? Eine Phrase, die jeder möglichen Deutung fähig ist!

Was die directen Wahlen betrifft, ist das Bollwerk der Minoritäten das Gesetz, nämlich die Revision der Februarverfassung, wo dieses Recht den Landtagen unbestritten zugesprochen, dem Reichsrathe abgesprochen wurde. Hinter dieses Bollwerk muß sich jede Minorität verschanzen, wenigstens insoweit, als Sie uns so wenig bieten und nicht einmal sagen, was Sie uns bieten, oder so lange Sie uns mit bloßen Phrasen abthun wollen.

Wenn es gelingt, den verfassungsmäßigen Rechtszustand zu befestigen, wenn er geschützt wird durch directe Wahlen und wenn jene Maßregeln getroffen werden, die geeignet sind, die Rechte der Staatsgewalt gegenüber der Kirche zu schützen und Mißbräuchen des kirchlichen Einflusses zu steuern, und wenn Sie, meine Herren, dann fest ins Auge fassen, daß man vor allem anderen die Nährkraft gehoben haben muß, ehe man zur neuerlichen Hebung und Stärkung der Wehrkraft schreiten kann, dann meine Herren, ich sage aber auch nur dann, wird die Regierung und Reichsrath sich die Möglichkeit schaffen können, große und durchgreifende Reformen im Interesse des materiellen Wohles der Steuerträger zur Geltung zu bringen.

Alinea 13, 14, 15, 16 werden hierauf angenommen.

Bei Alinea 17 beantragt Dr. v. Czerkawski die getrennte Abstimmung über den ersten Theil dieses Absatzes von den Worten: „zu den nothwendigen Auslagen“ bis „die Hand bietet.“ Dieser Antrag so wie beide Absätze des Alinea 17, früher Alinea 18, wird ohne Debatte angenommen. Zu Alinea 19 ergreift das Wort

Abg. Dr. Blichfeld: In dem eben verlesenen Absätze des Adressentwurfes ist im Allgemeinen von den auswärtigen Beziehungen Oesterreichs die Rede, ohne daß des deutschen Reiches auch nur mit einem Worte Erwähnung geschieht. Und dennoch müssen wir uns dessen erinnern, daß wir die aufrichtige Umkehr zu dem verfassungsmäßigen Zustande, den wir jetzt alle so freudig begrüßt haben, vornehmlich den Sympathien verdanken,

die uns das deutsche Reich in der größten Hitze des Kampfes zugewendet hat.

Ja, ich erkläre denjenigen für den größten Feind Oesterreichs, der unserer Regierung eine Politik anrathen würde, die irgendwie gegen das deutsche Volk oder Reich feindselig wäre.

In Deutschland denkt Niemand an eine aggressive Politik gegen Oesterreich und in Oesterreich ebensowenig. Alle Stimmen Deutschlands laufen in einem Punkte zusammen, daß nämlich ein Allianzvertrag zwischen Oesterreich und Deutschland angestrebt werde. Wenn aber die allgemeine Weltlage es erfordert, daß Oesterreich zu Deutschland halte, so, dachte ich mir, wäre es die Verpflichtung eines österreichischen Volksvertreters, wenigstens an dieses Verhältniß, an die Nothwendigkeit dieses Verhältnisses zu mahnen. Oesterreich mit Deutschland vereint geht einer glorreichen Zukunft entgegen. Oesterreich aber als Deutschlands Feind wäre unfehlbar dem Untergange preisgegeben.

Alinea 19, 20 und der Absatz der Adresse werden hierauf angenommen; über Antrag des Berichterstatters gelangt hierauf der Adressentwurf zur dritten Lesung und wird in derselben einstimmig angenommen, ferner beschlossen, daß das Präsidium des Abgeordnetenhauses ersucht wird, die Adresse im Weg des Ministerrathspräsidiums an Se. Majestät gelangen zu lassen.

Nächste Sitzung findet Mittwoch Vormittags um 11 Uhr statt.

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. d. lautet:

1. Erste Lesung des Antrages Dr. Herbst und Genossen betreffend die Wahl eines Verfassungsausschusses.
2. Erste Lesung des Antrages des Abg. Dr. Zyblikiewicz und Genossen betreffend den vom galizischen Landtage gefaßten Beschluß.
3. Wahl von vier Mitgliedern und zwei Ersatzmännern in die Staatsschulden-Controlcommission.
4. Wahl eines Ausschusses von neun Mitgliedern zur Vorberatung der Regierungsvorlage betreffend den Gesetzentwurf über die Erneuerung der Hypothekar-Inscriptionen, sowie die Anmeldung und Umgestaltung von Hypotheken in Dalmatien.
5. Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend die Handhabung der Disciplinargewalt über Advocatur-Candidaten.
6. Erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Aushebung des Recrutencontingentes pro 1872.
7. Zweite Lesung der Regierungsvorlage betreffend den Telegraphenvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Endlich
8. Bericht des Wahlsprüfungsausschusses.

Politische Uebersicht.

Laibach, 17. Jänner.

Die Sectionen des ungarischen Abgeordnetenhauses haben am 15. d. über die Gesetzentwürfe, betreffend die provisorische Deckung der Administrationskosten für die Municipien, über die Militärgrenz-Quote zu den gemeinsamen Angelegenheiten, über das Militär-Contingent für 1872, die Vermehrung der Honved-Bataillone und die Systemisirung des Militär-Contingents auf Grundlage der Volkszählung vom Jahre 1869 berathen; der Centralausschuß hielt am 16. d. Vormittags Sitzung.

Das Landtags-Einberufungsrescript an den Banus von Croatien lautet: „Indem Wir euren Antrag betreffend die Einberufung des Landtages der Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien für den 1. Juni 1871 in Unsere Landeshauptstadt Agram genehmigen, ermächtigen Wir euch, nach Verlesung Unseres beiliegenden, an den Landtag der genannten Königreiche gerichteten Rescriptes, diesen Landtag in Unserem Namen als eröffnet zu erklären. Im Uebrigen verbleiben Wir euch mit Unserer kaiserlichen und königlichen Huld und Gnade wohlgeuogen. Gegeben am 31ten März 1871.“

Das Eröffnungsrescript an den croatisch-slavonischen Landtag lautet: „Nachdem Wir den für das Jahr 1868/70 einberufenen Landtag der Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien am 8. Jänner 1871, als dem Tage des Ablaufes seiner dreijährigen Legislaturperiode, durch Unseren Stellvertreter geschlossen hatten, haben Wir Uns bemogen gefunden, im Sinne des Gesetzartikels 2 vom Jahre 1870 den croatisch-slavonischen Landtag für den 1. Juni 1871 in die Landeshauptstadt Agram einzuberufen, und erklären hiermit diesen Landtag für eröffnet. Im Uebrigen verbleiben Wir euch mit Unserer kaiserlichen und königlichen Huld und Gnade wohlgeuogen. Gegeben den 31. März 1871.“

Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien beginnen in Agram am 17. d. M. Graf Pejacsevich hat einen neuen Fusionsplan ausgearbeitet, welchem ein Theil der Nationalen zustimmt. Die Sache wird in einem bis zwei Tagen entschieden werden.

Der Rücktritt des preussischen Cultusministers Herrn v. Mühlher nimmt in Berlin derzeit alles politische Interesse in Anspruch. Der abtretende Minister hatte geglaubt, sich durch nachträgliche Zustimmung zu den liberalen Bestimmungen des Schulauf-

sichts-Gesekentwurfes noch halten zu können, sah sich aber, wie die „Breslauer Zeitung“ berichtet, nach den darüber abgehaltenen Ministerrathssitzungen der letzten Woche in dieser Meinung getäuscht. Sein Nachfolger ist der geheime Oberjustizrath Dr. Falk. Die „Deutsche Reichs-correspondenz“ schreibt über letzteren: „Diese Ernennung wird in liberalen Kreisen große Befriedigung hervorrufen. Dr. Falk hat in seiner Thätigkeit als Bundescommissär sich nicht nur den Ruf eines ausgezeichneten Juristen, sondern auch die Liebe und Achtung aller Abgeordneten erworben, welche mit ihm seither in Verbindung gekommen sind.“

In der am 15. d. stattgefundenen Sitzung des Abgeordnetenhauses in Berlin wurde der Etat für das Ministerium des Aeußern angenommen. Fürst Bismarck betonte die Nothwendigkeit der Beibehaltung der preussischen Gesandten an den deutschen Höfen; dieselben hätten die wichtige Aufgabe, die Stimmung der Bundesregierungen gegenüber den im Bundesrathe beantragten Maßregeln zu erforschen und etwaigen Mißstimmungen gegen dieselben zu begegnen.

Der „Temps“ meldet: Angesichts der Drohung Preußens, eine Concurrnzlinie längs der Mosel zu bauen, mußte sich die Luxemburger Regierung bequemen, ihre Eisenbahnen einer deutschen Gesellschaft anzuvertrauen und derselben ein Minimal-Erträgniß zu garantiren.

Graf Apponyi wird demnächst in Paris erwartet. — Die erste Zahlung von 80 Millionen an Preußen wird Samstag erfolgen. — Die Militärcommissionen, welche mit der Prüfung der Gefangenen acten beschäftigt sind, arbeiten thätig fort. Die Gefangenen wurden in drei Kategorien getheilt. Alle einfachen Soldaten, die keine gemeinen Verbrechen und Vergehen begangen haben, werden allmählig in Freiheit gesetzt. Die Unterofficiere werden unter denselben Verhältnissen in Freiheit gesetzt, bleiben jedoch unter polizeilicher Ueberwachung. Officiere und Andere, die gemeine Verbrechen und Vergehen begangen haben, werden vom Kriegesgerichte abgeurtheilt werden. Man versichert, Alles werde in drei Monaten beendet sein. — Die „Deutsche Zeitung“ meldet: „Die Abstimmungen der Armee bei den letzten Wahlen in Frankreich haben, so weit sie bis jetzt bekannt sind, dargelegt, daß nicht, wie man vielfach behaupten wollte, das bonapartistische oder orleanistische, sondern das radical-republicanische Element die meisten Anhänger unter den Truppen zählt.“

Die französische Clerus organisiert in unbegreiflicher Weise seinen Krieg gegen die Unterrihtsreform. Dem Protest der normannischen und bretagnischen Bischöfe schließt sich ein hoher Prälat nach dem andern an und die niedere Geistlichkeit versäumt nicht, unter den Laien Unterschriften zu werben. Wenn man hiezü die offenkundigen Gefinnungen der Kammermajorität rechnet, so kann man sich wohl fragen, wie viel von der Reform übrig bleiben wird.

Der „Moniteur Universel“ veröffentlicht einen Aufruf zur Sammlung von Gaben in Frankreich behufs Deckung der Kriegsentsehdigung. Der Moniteur beruft sich auf das Beispiel der Elsäßer Damen und meint, die Sammlung werde gewiß ein günstiges Ergebnis haben; er erinnert hiebei an die großartigen Kirchenbauten vergangener Jahrhunderte, die auch nur durch öffentliche Sammlungen möglich geworden sind. Wenn von den 40 Millionen Einwohnern Frankreichs nur 20 Millionen täglich einen Sou zurücklegen, so gäbe das im Jahre 360 Millionen. Der Moniteur verspricht, die Namen der Subscribenten in eigenen Listen zu veröffentlichen, die dann das goldene Buch des französischen Patriotismus bilden werden. Wie aus einem heutigen Pariser Telegramme zu ersehen ist, hat der Gedanke, einen Theil der Kriegsentsehdigung durch öffentliche Sammlungen zu decken, eine sehr vorthelhafte Aufnahme gefunden.

Mehrere italienische Journale tadeln die von Frankreich beabsichtigte Einführung einer Steuer auf ausländische Werthpapiere. Das Journal „Nuova Roma“ sagt, daß mehrere durch Sella zusammenberufene Parlamentsmitglieder sich dahin ausgesprochen haben, daß das französische Project, welches die italienische Regierung für die Steuer auf italienische Werthpapiere verantwortlich macht, nicht annehmbar sei.

Im italienischen Ministerium ist ein großer Zwiespalt über die Frage entstanden, wann die Kammer neu einberufen werden soll. Lanza war dafür, dieselbe bis zum März hinauszuschieben, was man sehr gut damit rechtfertigen könne, daß die Arbeiten in Monte Citorio nicht eher fertig würden. Einige der anderen Minister meinten dagegen, die Einberufung müsse unverzüglich stattfinden, eine Ansicht, die besonders von Sella vertreten wurde. Noch ist die letzte Entscheidung nicht getroffen. — Die Delegirten des Telegraphen-Congresses haben am 15. d. in Rom in Gegenwart des Ministers des Aeußern, Visconti-Venosta, die internationale Telegraphen-Convention unterzeichnet. Der österreichische Gesandte Graf Wimpffen wird am 17. d. in Rom erwartet.

Der Kriegsminister legte der italienischen Deputirtenkammer Gesekentwürfe betreffs der Militär-Territorial-Eintheilung und der Armeearganisation,

der Marineminister einen Organisationsentwurf bezüglich der Marine-Officiere vor. Die Kammer beginnt sodann die Verathung des Einnahmen-Budgets für 1872.

Am 13. d. M., am griechischen Neujahrstage, war großer Empfang bei Hofe in Belgrad. Im Namen des Consular Corps richtete der österreichisch-ungarische diplomatische Agent als Doyen die Glückwünsche an den Fürsten Milan, welcher dieselben in liebenswürdiger Weise erwiderte.

Es ist in der That eine ganz neue Arbeit, welche die Regierungsmaschine in Constantinopel seit dem Amtsantritt des neuen Großveziers auf dem Gebiete der Beamtenreform liefert. Während zu Ali's Zeiten ein kleiner Zwischenfall bald mit Egypten, bald mit den Donaufürstenthümern den hiesigen Blättern Stoff liefern mußte, während die auswärtigen Blätter in langen Artikeln über die Beziehungen der Türkei zu den Großmächten sprachen, dreht sich gegenwärtig alles Interesse um interne und Verwaltungsangelegenheiten. Die Reformen auf dem Gebiete der Rechtspflege finden vorläufig ihren Abschluß damit, daß der Großvezier in eigener Person der Eröffnungsitzung des neugeschaffenen Gerichtshofes von Pera bewohnen wird.

Aus Constantinopel berichtet die „Independance“ von verschiedenen Veränderungen im auswärtigen diplomatischen Dienste des türkischen Reichs. Djemil Pascha werde Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Khalil Pascha (oder auch Kabyl Bey geheißt), der sehr viele Sympathien für Frankreich habe, werde dessen Nachfolger in Paris werden. Photiades Bey, gegenwärtig Gesandter in Rom, solle dafür nach Wien versetzt werden und an Stelle des Gesandten in St. Petersburg. Rustem Bey, werde Server Pascha treten.

Tagesneuigkeiten.

— Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Stiftungsfonds der „Kaiser-Franz-Joseph-Stiftung zur Versorgung von k. und k. Officiers-Witwen und Waisen“ einen Betrag von 2000 fl. allernädigt zu spenden geruht.

— (Die Wiedergenesung des Prinzen von Wales) ist in ein neues und sehr wichtiges Stadium getreten. Er war nämlich am Montag den 8. d. zum ersten male im Stande, das Zimmer auf einige Stunden zu verlassen. Dr. Gull, dessen beständiges Verweilen in der Umgebung des Prinzen durch dessen fortschreitende Besserung unnöthig geworden ist, hat Sandringham verlassen und wird dahin nicht vor Sonnabend zurückkehren, um das nächste der Bulletins auszugeben, die von nun an nur noch wöchentlich erscheinen und in Kurzem vielleicht gänzlich entbehrlich sein werden.

— (Grillparzer) befindet sich seit einigen Tagen unwohl und mußte sich auf Anordnung des Arztes das Vergnügen versagen, die am 15. d. zu seinem 81. Geburtstag zahlreich zur Gratulation eintreffenden Freunde und Verehrer zu empfangen.

— (Die königlich ungarische Kronwache) wird seit dem 1. Jänner aus den Reihen der Honved-Armee rekrutirt. Das Reichskriegsministerium hat die Lösung dieses Corps aus dem Verbande der gemeinsamen Armee angeordnet und befohlen, daß dessen sämtliche Rechnungen durch die k. und k. Oberintendanz der Honved-Intendanz zugefesselt werden.

— (Das ungarische Ministerium) hat die Absicht, in jedem Comitae ein Correctionshaus für junge Verbrecher und arbeitsscheue Individuen zu errichten.

— (Zur Pferdezuht.) In Oesterreich sind nach der Zählung vom 31. December 1869 im Ganzen 1,365,913 Pferde vorhanden, darunter 165,939 Fohlen. Die Pferde, welche Se. Exc. der österr. Generalstallmeister Graf Rozwadowski in der Normandie angekauft hat, sind vorläufig in Stadel bei Wien eingestellt, bis die nöthige Mannschaft aus den verschiedenen Gestüthen eingetroffen ist, welchen diese edlen Thiere zugewiesen sind. Kenner rühmen die glückliche Auswahl.

— (Geschichte des österreichischen Rechnungswesens.) Statthalterceirath Herr Calasanz Lichteneg in Graz soll auf Anregung mehrerer hochgestellten Staatsbeamten und insbesondere in Folge Aufforderung des Präsidenten am obersten Rechnungshofes, Grafen v. Mercandin, an der Herausgabe eines für Männer vom Fache jedenfalls interessanten beachtenswerthen Werkes, einer „Geschichte des österreichischen Rechnungs- und Controlwesens“ arbeiten. Da es bis jetzt an jeder authentischen Nachricht über das Entstehen, die Entwicklung und den Ausbau des einzig in seiner Art dastehenden österreichischen Rechnungs- und Controlsystems mangelt, so dürfte die genannte Arbeit immerhin von Interesse sein.

— (Eisenbahnunfall.) Bei der Station Pegau (Steiermark) fand am 14. d. ein Zusammenstoß zwischen einem Personenzuge und Lastzuge statt; letzterer wurde stark beschädigt, von dem Personale und den Passagieren jedoch Niemand verletzt.

— (Die Draubrücke bei Unterdrauburg) in Kärnten ist durch Eisbreis zerstört worden. Den Verkehr von Kärnten nach Steiermark vermittelt nun die bestehende Ueberfuhr mit Seilseil.

— (Jackson Haines auf dem Hilmerteiche.) Die eisportfreundlichen Grazer hatten vorgestern Gelegenheit, den europäisch berühmten Schlittschuhkünstler Herrn

Jackson Haines bei der Arbeit zu sehen. Er tanzte nach dem Takte der frisch aufspielenden Regimentscapelle „Erzherzog Leopold“ mit so wunderbarer Grazie auf seinem eigentlichen Elemente, dem Eise, daß er die vollste Bewunderung der aus den vornehmsten Kreisen von Graz sich rekrutirenden Zuschauerwelt erregte. Jackson Haines ist übrigens eine anerkannte Berühmtheit und leistet mit den eisenbewehrten Beinen etwa das, was Rubinstein und Bilow mit den Händen vollbringen. Seine zierliche Gestalt schillert in der Brustgegend von zahllosen Auszeichnungen ganz fremdartiger Gestalt. Die eine erhielt er vom König Carl XV. von Schweden für den Eislaufstanz in der Oper „Der Prophet.“ Die übrigen seine Brust zierenden Medaillen von Gold und Brillanten rühren von den Eislaufvereinen der Städte Petersburg, Kronstadt, Moskau, Christiania, Chicago, Detroit, Wien, Prag und Pest her, und ein Brillanterring an seinem Finger ist das Ehrengeschenk des Czaren. Seine vorgestrigte Production auf dem Hilmerteich verdiente nicht minder eine Auszeichnung, aber da die Grazer einen Eislaufverein gar nicht haben, so mußte sich Herr Haines schon mit der Bewunderung zufrieden geben, die ihm denn auch im vollsten Maße zu Theil wurde.

— (Ein Kind von schwerem Kaliber.) Im Gasthose zum „weißen Schiff“ in Pest ist ein Kind zu sehen, das ein Jahr alt ist und schon einen Zentner wiegt. Das Kind ist in Sar-Ez-Millos im Weisenburger Comitae geboren; der Eintrittspreis, der bloß ein geringer ist, wird zu Gunsten der evangelischen Kirche des Geburtsortes dieses Kindes verwendet.

— (Concurs-Process) der sächsischen Hypotheken-Bank zu Leipzig. Nach einer Mittheilung des k. sächsischen Justizministeriums ist am 3. November 1871 von dem k. sächsischen Gerichtsamte im Bezirksgerichte Leipzig über das Vermögen der unter der Firma „Sächsische Hypothekenbank zu Leipzig“ in Leipzig bestandenen Actiengesellschaft der Concursprocess eröffnet und in diesem der 17. Februar 1872 als Endtermin für die Anmeldung der Ansprüche gegen die Gesellschaft festgesetzt worden. Da die Concursgläubiger hauptsächlich in den Inhabern der von der genannten Gesellschaft emittirten, dormalen in dem Betrage von 7,783,080 Mth. noch im Umlaufe befindlichen Pfandbriefe bestehen, und diese Pfandbriefe in den deutschen und österr.-ungarischen Staaten sehr verbreitet sein sollen, so wird dies hiemit zur öffentlichen Kenntniß mit dem Bemerkten gebracht: 1. daß die Anmeldung der Pfandbriefe möglichst bald und spätestens am Tage des Anmeldestermines, den 17. Februar 1872, bei dem Concursgericht zu erfolgen hat; 2. daß eine nachträgliche Anmeldung nach k. sächsischen Gesetzen unstatthaft und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine Versäumniß ausgeschlossen ist; 3. daß bei unterlassener oder auch nur verspäteter Anmeldung die Inhaber von Pfandbriefen aller ihrer Rechte an die Concursmasse verlustig gehen; 4. daß der Anmeldung die Pfandbriefe im Original beizufügen sind, so wie 5. daß alle diejenigen, welche sich als Inhaber von Pfandbriefen anmelden, in Leipzig einen Bevollmächtigten zu bestellen haben, und daß es sich empfiehlt, zur Anmeldung der Ansprüche und sonstigen Wahrung der Rechte sich eines dortigen Rechtsanwaltes zu bedienen.

— (Die Auswanderung aus Deutschland) nahm im Jahre 1871 wieder einen bedeutenden Aufschwung gegen das zweite Halbjahr 1870. Im Ganzen wurden Auswanderer befördert: über Bremen 46,763 gegen 59,575 im Jahre 1870. Ueber Hamburg wanderten im Jahre 1871 im Ganzen 42,067 aus, wovon 38,425 nach den Vereinigten Staaten, 1168 nach Brasilien, 1906 nach Australien. Ueber diese beiden Häfen allein haben also wiederum 85,188 Deutsche ihr Vaterland verlassen.

— (Eine Todtenstadt.) Durch Ausgrabungen bei Bologna ist eine ganze Todtenstadt bloßgelegt. Man hat nicht weniger als 365 alte Gräber geöffnet, in denen sich viele Relieifarbeiten, Vasen, Eimer von Bronze, Schalen und Leuchter befanden. Vasen sind mehr als 800 zum Vorschein gekommen. Sehr zahlreich sind auch die weiblichen Schmuckfaden, Arminge aus Bronze, Fingerringe von Bernstein und Gold, Perlengehänge, Halsbänder von Bernstein und Ohrringe aus Gold. Was die Zeit betrifft, in welcher diese Gräber ihre Todten aufgenommen haben, so läßt sich nur behaupten, daß sie hinter das 3. Jahrhundert v. Chr. zurückgehen muß.

Locales.

— (Dem Kranken-Unterstützungs- und Beerdigungsverein der freiwilligen Feuerwehr) sind folgende freiwillige Spenden zugekommen: vom Herrn Anton Samassa 30 fl., Herrn Josef Tributisch 4 fl., einem Ungenanntseinswollenden 5 fl. 25 kr.

— (Faschings-Chronik.) In allen Familienfreisen sind die zarten Damenhände mit den Toiletten-Vorbereitungen für das am nächsten Sonntag (21.) stattfindende Bürgerfränzchen und für das am letzten Bürgerfränzchen projectirte großartige Maskenfest bereits vollaus beschäftigt. Die Lose zur großen Gewinnverlosung, welche Sonntag den 21. Jänner beim Bürgerfränzchen auf der Schießstätte abgehalten wird, werden, wie voraussichtlich, bald vergriffen sein, welcher Umstand wohl nur den vielen und reichen Gewinnsten zuzuschreiben ist. Auch wir hatten Gelegenheit, die zur Verlosung bestimmten Gegenstände zu besichtigen und waren ganz überrascht, eine so

große und reiche Auswahl zu finden, ja es ist bei dem geringen Preise der Lese (10 Kr.) kaum denkbar, daß so viele und so werthvolle Gegenstände angeschafft werden konnten. Wenn wir verrathen wollten, könnten wir von prachtvollen Tafelservicen, Teppichen, Theeservicen, Leuchtern, Uhren u. c. erzählen, doch wir wollen den Lesern die Ueberraschung nicht rauben, sondern denselben nur rathe, die Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, die einem um 10 Kr. die schönsten Gewinnste in Aussicht stellt. Lese sind noch zu haben in den Handlungen der Herren Serber, Raringer, Popovic, Jescho & Till und Kleinmayr & Bamberg. — Weiter steht uns ein Feuerwehrränzchen in Aussicht; dasselbe wird am 2ten Februar im Casino-Glaskalon in den anstößenden Localitäten stattfinden. Das Comité ist eifrig bemüht, in decorativer Beziehung sowohl, als auch in Bezug auf Unterhaltung überhaupt, dieses Ränzchen zu einem recht gemüthlichen zu gestalten.

(Banket.) Für das 1861. Officerscorps des k. k. 79. L. J. R. dürfte die Mittheilung von Interesse sein, daß Se. Exc. der commandirende General in Ungarn, Feldzeugmeister Graf Guyon, am 15. d. Abends der Generalität und sämtlichen in Pest-Ofen befindlichen Stabsofficiern der gemeinsamen Armee und der Honvédschaft ein glänzendes Banket im Prachtsaale des Grand Hotel „Hungaria“ gegeben hat.

(Hufbeschlagschulen.) Dem Vernehmen nach wurde die provisorische Errichtung von zehn Hufbeschlagschulen für Soldaten angeordnet, welche noch im Jänner in Brünn, Olmütz, Prag, Lemberg, Graz, Laibach, Pest, Komorn, Temesvar und Hermannstadt ins Leben treten sollen. Die frequentanten dieser auf einen halbjährigen Kurs anberaumten und von einem Militärthierarzt geleiteten Schulen sollen nach abgelegter guter Prüfung das Recht erlangen, in allen Ländern der Monarchie das Hufschmiedehandwerk auszuüben, müssen jedoch gelernte Schmiede sein.

(Aus dem Amtsblatt.) Kundmachung wegen Wiederbesetzung des ercinirten k. k. Tabak-Verlages zu Stein.

(Theaterbericht.) Gestern wurde wegen Erkrankung des Herrn Schlegel anstatt „die schöne Pamina“ „Das Pensionat“ gegeben. Das von den Fräulein Pichon, Oberhardt, Zell und Weber gesungene Quartett wurde wieder mit großem Beifall bedacht. — Das hierauf folgende einactige Charakterbild „Ein Autographensammler“ von Schütz wurde von Frä. Krügel (Ida), den Herren Traut (Morenny) und Radler (Ehrenfried) recht nett aufgeführt und wurden am Schluß genannte Darsteller beifällig gerufen. Das Sujet ist pikant: Ein ungarischer Edelmann ist voll aufrichtiger Liebe für eine Sängerin entflammt, bietet letzterer seine Hand an, welche aber von der berühmten Sängerin in so lange abgelehnt wird, bis sie ihren Vater eruiert haben wird. Ein alter Autographensammler naht sich der Sängerin, bittet sie um eigenhändige Eintragung einiger Worte in sein Album, entpuppt sich zufällig als Vater der schwedischen Nachtigall und segnet schließlich den Ehrendochter mit dem edlen jugendlichen, feurigen Magnaten. Das aus Anlaß des Casinoalles sehr schwach besuchte Haus war mit dem gestrigen Theaterabend zufrieden; von Seite der Theaterkasse wird wohl das Gegentheil anzunehmen sein.

(Notiz für Cigarrenraucher.) Ueber die Frage, welches Alter die Cigarre haben müsse, um mit Genuß brauchbar zu sein, schreibt der „Boston-Spectator“: Die Cubaner lieben eine frische Cigarre. Die Arbeiter rauchen die Cigarre sofort nach der Fabrication. Wenn man einen gewissen wohlbekannten und wegen seiner Havannah-Cigarren berühmten Cigarrenladen in New-York besucht und dort eine Cigarre kauft, wird der Cubaner zuvörderst mit großer Bedächtigkeit die Cigarren an sein Ohr halten. Fragt man ihn, weshalb er dies thue, so antwortet er: „um zu sehen, oder besser gesagt, zu hören, welchen Grad von Trockenheit sie besitzt. Wenn zu trocken, wird sie krachen. Eine frische Cigarre ist weich und macht

kein Geräusch.“ Bei unserem Klima genügen zwei bis drei Wochen, um der Cigarre die benötigte Trockenheit zu geben, eine längere Zeit macht sie nicht besser.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte Laibach.) Am 18. Jänner 1872: Franz Krasovec und Franz Silha: Betrug. Am 19. Jänner: Johann Pristow: schwere körperliche Beschädigung; Andreas Praprotnik: schwere körperliche Beschädigung; Matthäus Slapnik und vier Genossen: schwere körperliche Beschädigung.

Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Seitdem Seine Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der Revalesciere du Barry glücklich wieder hergestellt und viele Aerzte und Hospitaler die Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Kraft dieser köstlichen Heilmahrung bezweifeln und führen wir folgende Krankheiten an, die sie ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserfucht, Fieber, Schwindel, Blutaustritt, Ohrenbräusen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes Melancholicus, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genehungen, die aller Medicin widerstanden: Certificat Nr. 71814.

Crosne, Seine und Dife, Frankreich, 24. März 1868. Herr Richy, Steuereintnehmer, lag an der Schwindsucht auf dem Sterbebette und hatte bereits die letzten Sacramente genommen, weil die ersten Aerzte ihm nur noch wenige Tage Leben versprochen. Ich rieth die Revalesciere du Barry zu versuchen, und diese hat den glücklichen Erfolg gehabt, so daß der Mann in wenigen Wochen seine Geschäfte wieder besorgen konnte und sich vollkommen hergestellt fühlte. Da ich selbst so viel Gutes von Ihrer Revalesciere genossen habe, so füge ich gerne diesem Zeugnisse meinen Namen bei.

Schwester St. Lambert.

Nachhaster als Fleisch, erpart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolade in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Wahr, in Marburg J. Kollernig, in Klagenfurt P. Birnbacher, in Graz Gebrüder Oberranzmayr, in Innsbruck Diechtl & Frank, in Linz Haselmayer, in Pest Tröst, in Prag J. Fürst, in Brünn J. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Speereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung“.)

Wien, 17. Jänner. Der Reichsrath wählte in den Verfassungsausschuß: Coronini, Cichhoff, Jax, Kaiser, Pickert, Schaup, Knobloch, Kuranda, Rechbauer, Breith, Demel, Bees, Zyblikiewicz, Wodjicki, Czernawski, Carnieri, Groß, Waldert, Weeber, Dinstl, Lamberg, Giskra, Herbst, Wolfrum, Thurn, Zailner, Grocholski, Vino, Tomasezio und Janowski; der Verfassungsausschuß wählte Vertreter zum Obmann und Groß zu dessen Stellvertreter. In den Club der Verfassungspartei sind bisher 88 Mitglieder eingetreten, ohne die Minister, welche mit dem Club fortwährend im Contacte bleiben.

Wien, 17. Jänner. Reichsrath. Herbst begründet den Antrag auf die Wahl eines Verfassungsausschusses mit Hinweis auf die angekündigten Gegengewürfe und den bereits eingebrachten galizischen Resolutionsantrag. Das Haus genehmigt die Wahl eines 30gliedrigen Verfassungsausschusses, welchem über Antrag Zyblikiewicz der galizische Resolutionsantrag zugewiesen wird. Die Sitzung dauert fort.

Prag, 16. Jänner. Der „Tagesbote“ meldet: daß der Eindruck der Adress-Debatte, insbesondere der Erklärung des Minister-Präsidenten, ein ermutigender sei. Das Ministerium solle die Wahlreform nicht hinauschieben.

Agram, 16. Jänner. Der croatische Landtag hat sich unter Vorsitz seines Alterspräsidenten, des Bischofs Kralj, befaßt mit Verifizierung der Wahlmandate in 5 Sectionen getheilt und hierauf bis zur Vorlage der Verifizierungs-Operate vertagt.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 17. Jänner.

Spec. Metalliques 62.90. — Spec. Metalliques mit Gold und Silber 62.90. — Spec. National-Anleihen 72.90. — 1860er Staats-Anleihen 108.50. — Bank-Actien 898. — Credit-Actien 345.80. — London 115.60. — Silber 114.25. — R. f. Münz-Ducaten 5.48. — Napoleons'or 9.16 1/2.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Verlosung.

(Fürst Salom-Lose.) Bei der letzten Verlosung fiel der Haupttreffer mit 40 000 Gulden auf Nr. 67051, der zweite Treffer mit 4000 Gulden auf Nr. 30225 und der dritte Treffer mit 2000 Gulden auf Nr. 69080. Ferner gewinnen: je 400 Gulden: Nr. 33666 und 96879; je 200 Gulden: Nr. 32506 51519 7187 und 87331; je 120 Gulden: 5535 5553 6765 21760 25967 46978 60043 und 99366; je 100 Gulden: Nr. 12583 13127 29242 33467 33934 47870 60236 71483 79658 88721 91402 91758 und 96427.

Laibach, 17. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 9 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 48 Ctr., Stroh 22 Ctr.), 21 Wagen und 2 Schiffe (16 Kaster) mit Holz.

Durchschnittspreise.

	Alt.	Neu.	Alt.	Neu.
	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Weizen pr. Megen	6 60	7 40	Butter pr. Pfund	— 40
Korn-Saat	4 40	4 63	Eier pr. Stück	— 24
Gerste	3 40	3 72	Milch pr. Maß	— 10
Hafer	2 20	2 25	Rindfleisch pr. Pfd.	— 22
Halbfench	—	5 62	Kalbsteisch	— 27
Heiden	3 80	3 98	Schweinefleisch	— 25
Hirse	4 —	4 35	Schöpfensfleisch	— 16
Kufurug	4 40	4 96	Hühner pr. Stück	— 40
Erbsen	2 20	—	Lenden	— 15
Linzen	6 20	—	Heu pr. Centner	1 50
Erbsen	6 20	—	Stroh	1 40
Haseln	6 50	—	Holz, hart, pr. Rist.	— 6 70
Rindschmalz Pfd.	— 52	—	weiches, 22"	— 5 20
Schweineschmalz	— 46	—	Wein, roth, Cimer	— 14
Speck, frisch	— 33	—	weißer	— 12
— geräuchert	— 42	—		

Angewandte Fremde.

Am 16. Jänner.

Elefant. Mandl, Handelsm., Maltersdorf. — Werbenberg, Kaufm., Triest. — Thomann, Radmannsdorf. — Penay, Triest. — Kefmann, Private, Lavis.

Stadt Wien. Graf Gsch, k. k. Lieutenant, Wien. — v. Klobusch, k. k. Hauptmann, Innsbruck. — Stenovic, Kaufmann, Sager. — Kanfer, Kaufm., Wien. — Fran Kerslein, Obertrain.

Theater.

Heute: König Wenzel, genannt der Wilde, und Hinko der Freiknecht. Schauspiel in 5 Acten und einem Vorspiel: Der jüngere Sohn von Ch. Birch-Pfeiffer.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jahr	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Witterung	Niederschlag in Millimetern
17.	6 U. M.	739.15	— 3.2	windstill	trübe	—
	2 „ N.	737.83	+ 0.4	windstill	Höhennebel	3.90
	10 „ Ab.	736.85	— 0.2	windstill	dünn. Regen	—

Trübe, neblig, Aufheiterung. Nebelreizen. Das Tagesmittel der Temperatur — 1.0°, um 1.1° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsebericht.

Wien, 16. Jänner. Die Börse war ungeachtet stattfindender Realisirungen doch auf den meisten Verkehrsgebieten regsam und entwickelte sich immer mehr im günstigen Sinne. Von Staatsfonds waren ganz besonders die ungarischen Prämien-Lose, von Actien jene der Nationalbank, der Theiß-Bahn, der Wechselbank und der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft gesucht.

A. Allgemeine Staatsschuld.		Wiener Communalanleihen, rückz. Geld		Franz-Josephs-Bahn		Siebenb. Bahn in Silber verz.	
für 100 fl.		zahlbar 5 pCt. für 100 fl.					
	Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare
Einheitsliche Staatsschuld zu 5 pCt.							
in Noten verzinst. Mai-November	63. — 63.10						
„ „ Februar-August	63. — 63.10						
„ Silber „ Jänner-Juli	73. — 73.20						
„ „ April-October	73. — 73.20						
Lose v. J. 1839	317. — 318. —						
„ 1854 (4 %) zu 250 fl.	96. — 96.50						
„ 1860 zu 500 fl.	108. — 108.25						
„ 1860 zu 100 fl.	130. — 132. —						
„ 1864 zu 100 fl.	149. — 149.25						
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. 8. B. in Silber	121.50 122. —						
B. Grundentlastungs-Obligationen.		D. Actien von Bankinstituten.		F. Pfandbriefe (für 100 fl.)		H. Privatlose (per Stück.)	
für 100 fl.							
Böhmen „ zu 5 pCt.	97.50 98. —	Anglo-östr. Bank	339.25 339.75	Alt. öst. Boden-Credit-Anstalt	106. — 106.50	Creditanstalt f. Handel u. Gew.	Geld Waare
Galizien „ „	75. — 75.50	Bankverein	315. — 317. —	in 33 J. rückz. zu 5 pCt. in Silber	87. — 87.25	zu 100 fl. 8. B.	191. — 191.50
Nieder-Österreich „ „	95. — 96. —	Boden-Creditanstalt	—	Nationalb. zu 5 pCt. 8. B.	90.10 90.30	Rudolf-Stiftung zu 10 fl.	14.50 15.50
Ober-Österreich „ „	93. — 94. —	Creditanstalt f. Handel u. Gew.	345.50 345.80	ing. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt.	59.75 90.25		
Siebenbürgen „ „	78. — 79. —	Creditanstalt, allgem. ungar.	132. — 132.50				
Steiermark „ „	90. — 91. —	Escompte-Gesellschaft, u. d.	1002. — 1005. —				
Ungarn „ „	80.25 81. —	Franco-östr. Bank	139.50 139.75				
C. Andere öffentliche Anleihen.		Generalbank	—				
Donau-Regulierungslose zu 5 pCt.	97. — 97.50	Handelsbank	—				
in g. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.		Nationalbank	892. — 894. —				
8. B. Silber 5 % pr. Stück	110.75 111.25	Unionbank	297.75 298. —				
ung. Prämienanleihen zu 10 fl.		Bereitsbank	118.50 119. —				
8. B. (75 fl. Einzahl.) pr. Stück	110. — 110.25	Berlebsbank	195. — 196. —				
		E. Actien von Transportunternehmungen.					
		Alföld-Humaner Bahn	184. — 185. —				
		Böhm. Westbahn	260. — 260.25				
		Carl-Ludwig-Bahn	647. — 649. —				
		Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	246. — 246.50				
		Elisabeth-Westbahn	213.25 213.75				
		Elisabeth-Westbahn (Ein- u. Aus- weiser Strecke)	2235. — 2240. —				
		Herzogs- u. Nordbahn	181. — 181.50				
		Kaisertochter-Bahnen	—				